WIE WIR DIE PANDEMIE ÜBERWINDEN – UND DIE WELT GEMEINSAM FÜR DIE ZUKUNFT VORBEREITEN

ONE VOTE 2021

Entwicklungspolitische Forderungen für die 20. Legislaturperiode

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 3

Deutsche Entwicklungsfinanzierung: Ambitionen auch nach der Krise aufrechterhalten 5

Vorteile multilateraler Zusammenarbeit 6

Globale Gesundheit neu denken: Gemeinsame Stärke für die nächste Pandemie 8

Der Beitrag Deutschlands 8

COVID-19 und die Gefahr für Geschlechtergerechtigkeit 10

Die kommenden 10 Jahre: Vorbereitet auf die nächste Hürde 10

Bildung: Eine stille Krise, die sich weiter verschärft 12

Die COVID-19-Pandemie: Ein Krisenverschärfer 13

Grundbildung als Garant für Bildungserfolg 13

Investitionen in die Globale Bildungspartnerschaft: Eine Chance 14

Neue Arbeitsplätze schaffen und Armut bekämpfen 16

Die Herausforderungen der informellen Wirtschaft 18

Faire Lieferketten und ein zukunftsorientiertes Steuersystem 18

Finanzielle Transparenz: In Deutschland und weltweit 21

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung effektiv unterbinden 21

Gestohlene Vermögenswerte wiederherstellen:
Geld in die Staatskassen gebeutelter Länder spülen 22

Quellen 24

EINLEITUNG

Seit über einem Jahr bestimmt das Coronavirus unser privates, wirtschaftliches und politisches Leben. Auch wenn wir in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft aus der Pandemie herauskommen, werden uns ihre Auswirkungen noch über Jahre beschäftigen. Es gilt zu verhindern, dass daraus weitere Krisen – zum Beispiel eine Finanzkrise – entstehen. **Gleichzeitig bleiben die Krisen der Gegenwart, die durch COVID-19 vielfach verstärkt wurden, weiterhin globale Phänomene: Von der Klimakrise über die Bedrohung durch den Terror bis hin zu extremer Armut. Alle Krisen verbindet, dass sie nur durch globale Zusammenarbeit gelöst werden können. Von diesem globalen Miteinander hängen darum auch der wirtschaftliche Erfolg, die politische Stabilität und die Sicherheit Deutschlands ab.** Deutschland besitzt eine besondere Verantwortung für und ein Eigeninteresse an der Gestaltung dieses neuen globalen Miteinanders, das weit über den Kreis der traditionellen Partner Deutschlands in der EU, den G7 und den G20 hinaus gehen muss. Eine auf Dauer für alle Volkswirtschaften gewinnbringende, stabile und friedenstiftende globale Zusammenarbeit wird es erst geben, wenn Menschenwürde und Partizipation an Welthandel und Weltpolitik für die Bürger*innen aller Länder verwirklicht sind. Eine kohärente Afrikapolitik ist in diesem Sinne nicht nur Gebot einer wertegebundenen Politik. Sie ist ein wichtiger Strategiebaustein für eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik und trägt dazu bei, der deutschen Wirtschaft die Grundlagen für anhaltenden Erfolg zu bieten.

Afrika ist der Partnerkontinent Europas. Die Geschicke Europas sind unweigerlich mit denen unseres Nachbarn verbunden.

Die Auswirkungen von COVID-19 auf Afrika, gesundheitlich wie auch wirtschaftlich, sind enorm. Viele Länder des Kontinents haben nicht die Ressourcen, diese Folgen selbst zu bewältigen. Wenn diese Folgen nicht bewältigt werden können, hat dies aber globale Auswirkungen – insbesondere in Europa und damit auch in Deutschland. Der Kontinent hat viel Potenzial: Vor der COVID-19-Pandemie ist die Wirtschaft afrikanischer Länder Jahr für Jahr gewachsen. Viele der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften lagen in Afrika. Der Kontinent hat ein riesiges Potenzial an regenerativen Energiequellen, aber auch enorme Kohle- und Erdölvorkommen. Es wird sich in den kommenden Jahren entscheiden, ob der stark zunehmende Energiebedarf des Kontinents in den nächsten Jahrzehnten konventionell oder erneuerbar gestillt wird. Die Bekämpfung extremer Armut ist die Voraussetzung, um dieses Potenzial voll zu entfalten. Die Entwicklungspolitik muss daher weiter in Bildung, Landwirtschaft, Frieden, Gesundheit und den Schutz der Menschenwürde investieren. Dabei kann man auf den Erfolgen der vergangenen zwei Jahrzehnte aufbauen. Gleichzeitig sind erste Erfolge während der Pandemie bereits zunichte gemacht worden. Es muss also konsequent und schnell gehandelt werden, um den Fortschritt nicht zu gefährden und den positiven Trend der vergangenen Jahre fortzusetzen.

Die nächste Bundesregierung muss sich ressortübergreifend stärker auf Afrika konzentrieren und die Beziehungen mit dem Nachbarkontinent ausbauen. Gleichzeitig muss sie bedenken, dass Afrika ein vielfältiger Kontinent ist – in jeder Hinsicht.

In vielen Ländern Afrikas sind Menschen von extremer Armut betroffen, und die nächste Bundesregierung muss alles dafür tun, um diese zu bekämpfen. Und doch sind viele Länder auch wirtschaftliche Motoren. Deutschland muss diese Potenziale ausschöpfen. Wir können es uns nicht erlauben, hier den Anschluss zu verlieren. **Darum muss sich die nächste Bundesregierung für eine Partnerschaft auf Augenhöhe einsetzen und eine kohärente, alle Ressorts übergreifende Afrikastrategie formulieren.** Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und afrikanischen Ländern müssen in der gesamten Bundesregierung stattfinden: Es bedarf mehr Reisediplomatie – Deutschland muss auf dem Kontinent präsenter sein, und darf dabei, wenn es eine führende Wirtschaftsmacht bleiben möchte, auch die Wirtschaft nicht vergessen. Dennoch benötigen afrikanische Länder auch Unterstützung, insbesondere in sozialen Sektoren: **Die kommende Bundesregierung muss die Entwicklungszusammenarbeit in der globalen Gesundheit stärken, um die Welt auf die nächste Pandemie vorzubereiten.** Deutschland muss mehr in Bildung investieren, um allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, und so Armut zu überwinden. Nicht zuletzt muss Deutschland sich aber auch dafür einsetzen, dass die internationale Finanzarchitektur dahingehend reformiert und transparenter gemacht wird, dass der illegale Finanzabfluss aus afrikanischen Ländern nach Deutschland, in die EU und in andere reiche Länder erfolgreich bekämpft werden kann.

Ein Erreichen dieser Ziele ist nur möglich, wenn die Handlungsfähigkeit aller relevanten Ressorts voll ausgeschöpft wird. **Um eine vielfältigere Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit dem afrikanischen Kontinent zu ermöglichen, darf Afrika nicht länger nur entwicklungspolitisch Priorität haben. Langfristige Partnerschaften und Investitionen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit, bergen enormes Potential für beiderseitiges Lernen und eine resilientere globale Gemeinschaft.** Diesem Verständnis könnte ein entsprechendes Signal folgen: Eine Neuzuschneidung der relevanten Ressorts. Würden afrikanische Länder als enge Partner für mehrere Ressorts zentrales Thema, könnten dort künftig neue Schwerpunkte im Bereich der Nachhaltigkeit und globalen Gerechtigkeit gesetzt werden; eine Chance, die von der künftigen Bundesregierung in ihrer Wirkkraft für das Erreichen der Agenda 2030 nicht unterschätzt werden sollte.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG: AMBITIONEN AUCH NACH DER KRISE AUFRECHTERHALTEN

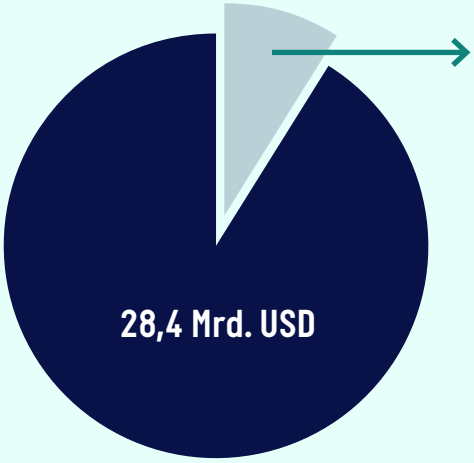
Warum eine ambitionierte Entwicklungsfinanzierung wichtig ist

Ausreichende, zielorientierte und effektive Finanzierung legt den Grundstein für gute und partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit. In der Armutsbekämpfung bleibt die Öffentliche Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA) weiterhin ein zentrales Instrument. Nicht nur ist sie die einzige staatliche Finanzierung mit der Hauptaufgabe, weltweite Unterschiede der sozioökonomischen Entwicklung und Lebensbedingungen zu verringern, um extreme Armut zu bekämpfen. Sie macht auch den größten Teil externer Finanzierung für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) aus. **Sie hat in den vergangenen zwanzig Jahren einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass die extreme Armut halbiert, vermeidbare Krankheiten bekämpft und viele weitere Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030 verfolgt werden konnten.**

Die nächste Bundesregierung darf nicht zulassen, dass sich dieser positive Trend umkehrt. Deutschland hat sich, zuletzt 2015 im Rahmen der ‚Addis Abeba Agenda for Action', zu dem Ziel verpflichtet, 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA aufzuwenden.[1] 2020 konnte Deutschland dieses Versprechen zum ersten Mal seit 2016 wieder erfüllen. 0,73 Prozent des BNE wurden als Gelder für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben. Die Gesamtsumme verzeichnete einen Zuwachs von 13,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, hauptsächlich durch zusätzlich mobilisierte Mittel für die globale Pandemiereaktion. Jetzt muss die neue Bundesregierung es zur Priorität machen, dieses Niveau auch nach einem Ende der COVID-19-Pandemie und bei einer Erholung der Wirtschaft zu halten.

Darüber hinaus müssen die zur Verfügung stehenden Gelder besonders sorgfältig eingesetzt werden, um den Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung gerecht zu werden. **ODA muss stets so investiert werden, dass sie für die Menschen, die am stärksten von Armut betroffen sind, größtmögliche Wirksamkeit entfalten kann.** Daraus ergeben sich klare Richtlinien für die Ausrichtung der Mittel. Zum einen müssen sie dort ankommen, wo sich die extreme Armut ballt. Die Bevölkerungen der LDCs sind überproportional stark von Armut betroffen, oft in Verbindung mit gewaltsamen Konflikten und teilweise extremen Auswirkungen des Klimawandels. Deutschlands Beiträge an LDCs nahmen zuletzt (2019) um 7 Prozent ab. Insgesamt sank der Anteil deutscher ODA an die von Armut am stärksten betroffenen Länder in den letzten zehn Jahren von 28 Prozent auf 18,7 Prozent. Zur gezielten Entwicklungszusammenarbeit mit diesen 47 Ländern wurde in der ‚Addis Abeba Agenda for Action' das Ziel festgelegt, 0,15-0,2 Prozent des BNE gezielt an diese Länder fließen zu lassen. **Hielten sich alle OECD-DAC-Geber an diese Verpflichtung, hätten allein 2019 bis zu 58 Milliarden USD an zusätzlicher Finanzierung für LDCs zur Verfügung gestanden.**[2] Darüber hinaus verließ 2020 9,1 Prozent deutscher ODA zur Deckung inländischer Kosten für geflüchtete Menschen nie das Land.

Anteil zur Deckung inländischer Kosten für geflüchtete Menschen an deutscher ODA, 2020



2,6 Mrd. USD

9,1 Prozent deutscher ODA wurde für Kosten zur Unterbringung geflüchteter Menschen in Deutschland aufgewendet

Quelle: Analyse von ONE, Detaillierter Bericht der OECD vom 13. April 2021, vorläufige Zahlen für 2020

Das sind Ausgaben, die nicht in den Teilen der Welt wirken, in denen sie am dringendsten benötigt werden und deshalb nicht zur ODA zählen sollten. Priorisiert die künftige Bundesregierung eine effiziente Ausrichtung, rückt ein Ende extremer Armut in Reichweite. Dazu müssen sich auch positive Trends, wie der seit 2014 kontinuierlich ansteigende ODA-Anteil an afrikanische Länder, fortsetzen. 2019 lag dieser bei 29,6 Prozent.

Ein signifikanter Teil der ODA sollte die Stärkung von Frauen und Mädchen als Haupt- oder zumindest untergeordnetes Ziel verfolgen und ihren spezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Das ist nicht nur gerecht, sondern auch ökonomisch sinnvoll, denn sie sind oft als erste von den Auswirkungen extremer Armut betroffen. Nach aktuellen Berechnungen des World Economic Forum dauert es bei aktuellem Tempo noch 136,5 Jahre, bis die globale Geschlechterkluft geschlossen ist.[3] Zuletzt wurde weniger als die Hälfte deutscher ODA (44 Prozent, 2019) aufgewendet, um diesen Prozess zu beschleunigen. Dabei ist es unerlässlich, die globale Geschlechterkluft zu schließen, um zahlreiche andere Nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen. Nur etwas mehr als 2 Prozent der deutschen ODA wurde 2019 für Projekte aufgewendet, die Geschlechtergerechtigkeit zum Hauptziel hatten. Damit werden Deutschlands Anstrengungen dieser zentralen Herausforderung für nachhaltige Entwicklung nicht gerecht.

Vorteile multilateraler Zusammenarbeit

Während bilaterale Entwicklungszusammenarbeit an vielen Orten wertvolle und gute Arbeit leistet, haben sich multilaterale Finanzierungsinstrumente, insbesondere in LDCs, als deutlich effektiver und effizienter erwiesen. Durch die thematische Bündelung der Gebermittel können insbesondere Transaktionskosten für die Partnerländer signifikant gesenkt werden. Zusätzlich fördern multilaterale Institutionen durch den Aufbruch der traditionellen Geber-Nehmer-Dynamik Rechenschaftspflicht

und Transparenz. Die Effizienz dieser Finanzierungsinstrumente wird seit Jahren von Partnerschaften wie dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM), der Impfallianz Gavi und der Globalen Bildungspartnerschaft (GPE) unter Beweis gestellt. Dennoch wird der Großteil deutscher ODA weiterhin bilateral bereitgestellt (76,7 Prozent, 2019).

ONEs Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode

1. Die Bundesregierung sollte einen Plan vorlegen, wie Deutschland das 0,7 Prozent/BNE-Ziel für ODA-Mittel in den kommenden Jahren und parallel zur wirtschaftlichen Erholung halten wird.

2. Um extreme Armut zu besiegen, muss Deutschland seinem selbst gesteckten Ziel gerecht werden, bis 2025 0,15-0,2 Prozent seines Bruttonationaleinkommens ausschließlich für Entwicklungszusammenarbeit in den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) auszugeben.

3. Deutschland sollte mehr seiner ODA in die Stärkung sozialer Sektoren investieren. Langfristig sollten 50 Prozent der Gelder in diese Bereiche fließen.

4. Auch um bei der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen auf Kurs zu bleiben, müssen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit zielgerichteter ausgegeben werden. Mindestens 85 Prozent deutscher ODA sollte Geschlechtergerechtigkeit als Nebenziel und 20 Prozent als Hauptziel verfolgen.

5. Gelder, die innerhalb Deutschlands ausgegeben werden, sollte die kommende Bundesregierung nicht zum Erreichen des 0,7 Prozent-Ziels heranziehen. Sie fördern keine Entwicklung in von Armut betroffenen Ländern.

GLOBALE GESUNDHEIT NEU DENKEN: GEMEINSAME STÄRKE FÜR DIE NÄCHSTE PANDEMIE

Die letzten 20 Jahre: Erfolge und Risiken

Viele der Erfolge der vergangenen zwei Jahrzehnte wurden im Bereich der globalen Gesundheit erzielt. **So sank die Zahl der HIV-Neuinfektionen seit 1990 um 40 Prozent, die Sterblichkeit der unter Fünfjährigen konnte halbiert werden und die Menschen rund um den Globus werden durchschnittlich fünf Jahre älter.** Diese Errungenschaften sind keine Zufallsprodukte: Steigendes politisches Interesse führte zu kontinuierlicher finanzieller Unterstützung, neuen Partnerschaften und einer gestiegenen Rechenschaftspflicht. Besonders Länder mit niedrigerem Einkommen verzeichneten in dieser Zeitspanne eine enorme Steigerung gesunder Lebenserwartung. Gleichzeitig durchleben wir eine der schlimmsten globalen Pandemien der Moderne. COVID-19 zeigt nicht nur die Schwächen globaler und nationaler Gesundheitssysteme. **Die Pandemie illustriert zusätzlich, wie fragil der Fortschritt für globale Gesundheit ist, wenn Millionen Menschen vulnerabel bleiben. So beobachten wir momentan eine durch COVID-19 verursachte Umkehr zahlreicher positiver Trends für globale Gesundheit, vielerorts gepaart mit einer Stagnation finanzieller und politischer Anstrengungen.** Viele Länder, insbesondere im Globalen Süden, haben in den vergangenen Monaten Investitionen in wichtige Basisprogramme wie die Grundimmunisierung oder Mutter-Kind-Gesundheit gekürzt oder zur Pandemiereaktion umgelagert. Diese Entwicklung ist gefährlich. Sie zeigt: Langfristige Erfolge werden auch im gesundheitlichen Bereich erst dann möglich, wenn die Bekämpfung globaler Ungleichheiten, extremer Armut und der anderen großen Krisen unserer Zeit ebenfalls zur Priorität gemacht wird. Nicht zu vernachlässigen ist hier auch der Ursprung von COVID-19 und vergangener SARS-Viren. Zoonosen wie COVID-19, also Krankheiten, die zwischen Mensch und Tier übertragbar sind, nehmen aufgrund des Klimawandels zu. Viele Expert*innen schreiben die Übertragung von COVID-19 auf den Menschen dem kontinuierlichen Eindringen in Naturräume zu. Der Verlust von Biodiversität durch menschliche Aktivitäten ist deshalb, wie in der neuen Strategie One Health als Teil des Reformkonzepts ‚BMZ 2030' des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung festgehalten, mit dem Ausbruch neuer Krankheiten zusammenzudenken.

Der Beitrag Deutschlands

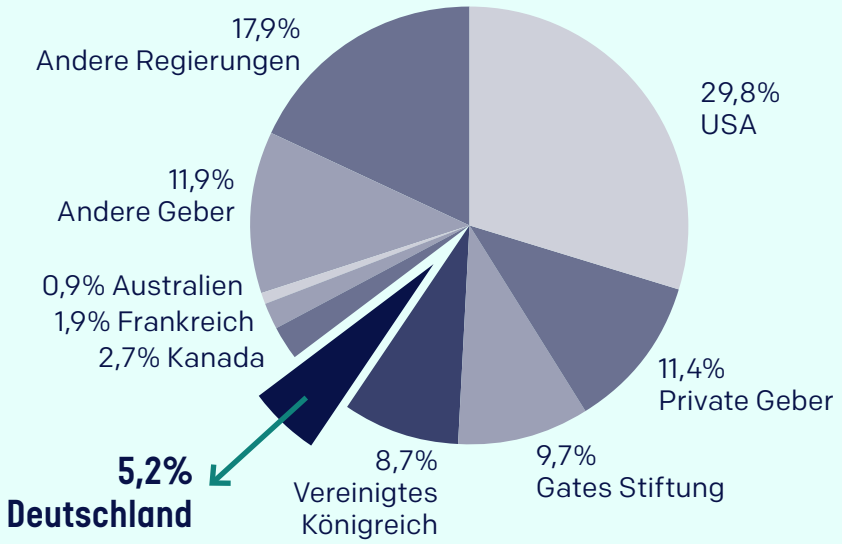
Deutschland war in den vergangenen Jahren ein entscheidender Impulsgeber für ein globales Denken von Gesundheit, insbesondere während der deutschen Präsidentschaften in der G7 (2015) und G20 (2017). In beiden Jahren war Pandemieprävention ein zentraler Punkt auf der Agenda der Staats- und Regierungschef*innen sowie der Gesundheitsminister*innen. 2022 richtet Deutschland den G7-Gipfel aus und hat damit die Chance, das Thema auf Grundlage neuer Erkenntnisse aus der COVID-19-Pandemie erneut zur Priorität zu machen. 2018 schlug Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits gemeinsam mit Norwegens Ministerpräsidentin Erna Solberg und Ghanas Staatspräsident Nana Akufo-Addo die Ausarbeitung eines Globalen Aktionsplans für Gesundheit vor. Das daraus

entstandene Konzept hebt insbesondere multilaterale Zusammenarbeit und die gründliche Vorbereitung auf künftige Ausbrüche von Krankheiten und Seuchen als essenzielle Treiber für globale Gesundheit hervor; COVID-19 zeigt uns nun, wie wichtig es gewesen wäre, dies bereits früher zu tun.[4]

Für eine effiziente und effektive Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung globaler Gesundheit ist neben politischen Anstrengungen auch eine zielgerichtete Finanzierung wichtig. Dazu gehören die bilaterale Zusammenarbeit, die knapp zwei Drittel der deutschen Ausgaben im Gesundheitsbereich ausmacht. Hier ist Deutschland vor allem in den Ländern Asiens und Subsahara-Afrikas engagiert. Gemessen an bilateralen Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit war Deutschland 2019 drittgrößter Geber im gesundheitlichen Bereich.[5]

Finanzierung für Globale Gesundheit nach größten Gebern, 2019

Gesamtsumme: 41 Milliarden USD



Quelle: Analyse von ONE, Zahlen des Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) von 2019

Knapp 40 Prozent der Gesundheitsausgaben in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden multilateral getätigt. Multilaterale Investitionen ermöglichen Deutschland, zur Verfügung stehende Mittel für globale Gesundheit auch dort wirken zu lassen, wo es keine bilaterale Zusammenarbeit gibt. Zusätzlich können multinationale Organisationen auf eine breitere technische Basis und Expertise in mehreren Sektoren und Politikfeldern zurückgreifen. Multilaterale Partnerschaften wie die Weltgesundheitsorganisationen (WHO), der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) oder die Impfallianz Gavi haben sich als die wirkungsvollsten Instrumente erwiesen, um Empfängerländer in dem Vorhaben zu unterstützen, die gesundheitliche Versorgung und Infrastruktur für ihre Bevölkerungen zu verbessern. Öffentliche Entwicklungsfinanzierung (Official Development Assistance, ODA), die in multilaterale Maßnahmen zur Stärkung globaler Gesundheit fließt, darf deshalb nicht sinken. Deutschland muss seinen Beitrag dafür leisten, dass die globale Gemeinschaft für künftige Pandemien und Herausforderungen gewappnet ist. Die neue Bundesregierung sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens

(BNE) ausschließlich für diesen Sektor aufgewandt wird. 2019 investierte Deutschland lediglich 0,04 Prozent in die Stärkung globaler Gesundheitssysteme.

Insbesondere die Stärkung und effiziente Ausrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist für kommende globale Gesundheitsherausforderungen unerlässlich. **Als einer der entscheidenden Mitgliedstaaten hat Deutschland die Möglichkeit, die WHO durch ein Mandat als koordinierende Organisation bei künftigen Krisen handlungsfähiger zu machen sowie Rechenschaftspflichten und finanzielle Unterstützung auszubauen.** Bilaterale Partnerschaften sollten sich indes an den dringlichsten Bedürfnissen in den Partnerländern ausrichten. Diese müssen im Austausch mit lokalen Expert*innen ermittelt und priorisiert werden.

COVID-19 und die Gefahr für Geschlechtergerechtigkeit

Es gibt keine Zahlen, die darauf hinweisen, dass Frauen und Mädchen anfälliger für eine Infektion oder einen schweren Krankheitsverlauf mit dem Virus sind. Dennoch sind sie in besonderem Maße betroffen, insbesondere aufgrund der direkten und langfristigen Folgen der Pandemie für Länder mit fragilen Gesundheitsinfrastrukturen. So bleibt der Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung für Frauen und Mädchen infolge von Ausgangsbeschränkungen, Mittelkürzungen und Depriorisierung zugunsten der Pandemiereaktion stark beeinträchtigt.[6] Es wird mit bis zu zwei Millionen Mädchen mehr gerechnet, die im Laufe der kommenden zehn Jahre weibliche Genitalverstümmelung mit teils verheerenden und tödlichen Folgen erleiden werden.[7] Dringend benötigte Ressourcen für Maßnahmen, die eigentlich für Schwangere, Mütter und Neugeborene bereitgestellt wurden, wurden zur Pandemiebekämpfung umgeschichtet. Dabei hätten viele Lehren aus vergangenen Epidemien gezogen werden können. Während des Ebola-Ausbruchs 2016 waren Mütter, Neugeborene und Schwangere ebenfalls besonders betroffen. Wir müssen sicherstellen, dass wir aus Erfahrungen lernen. Während der COVID-19-Pademie müssen wir die richtigen Schritte einleiten, um gerade Frauen und Mädchen zu schützen. Außerdem muss bereits jetzt geplant werden, wie diesen Risiken in kommenden Krisen konkret vorgebeugt werden kann. **Die Pandemie bricht Geschlechterungerechtigkeiten nicht auf, sondern verstärkt bestehende.** So machen Frauen 70 Prozent des globalen, oft chronisch unterbezahlten, Gesundheitspersonals aus und stehen somit auch überproportional häufig an vorderster Front im Kampf gegen COVID-19.[8] **Krisen wie die Pandemie fördern die Bedrohungen für Sicherheit und Rechte von Frauen, Mädchen und nicht-binären Personen zutage und verschärfen sie zusätzlich.**

Die kommenden 10 Jahre: Vorbereitet auf die nächste globale Hürde

COVID-19 stellt derzeit die größte Herausforderung für globale Gesundheitssysteme dar. Und diese Pandemie wird nicht die letzte sein. Umso wichtiger ist es, sicherzustellen, dass wir global gestärkt aus ihr hervorgehen und weltweit besser auf derartige Herausforderungen vorbereitet sind. **Insbesondere in den von Armut am stärksten betroffenen Ländern werden derzeit Milliarden von Menschen zurückgelassen. Die Pandemie trifft diese Regionen der Welt, insbesondere durch Langzeitauswirkungen in zahlreichen Sektoren, am härtesten.** Zusätzlich zur fehlenden Resilienz der örtlichen Gesundheitssysteme fehlt es den von Armut betroffenen Ländern an Mitteln

für adäquate Schutz- und Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung. Viele dieser Länder liegen in Afrika. Eine effektive Strategie zur Bewältigung kommender Gesundheitskrisen benötigt wirksame Behandlungsmethoden und Zugang zu wirksamen Impfstoffen für alle Menschen. Dies zeigt auch die derzeitige COVID-19-Pandemie: Reiche Länder sichern sich große Mengen an Impfdosen, die den Bedarf für ihre Bevölkerungen weit übersteigen. Preismodelle sind oft nicht transparent. **Um einen weltweit gerechten Zugang Medikamenten zu gewährleisten, ganz gleich ob zu COVID-19-Impfstoffen oder zu Medikamenten zur Behandlung in kommenden Gesundheitskrisen, braucht es globale Zusammenarbeit.** Während der derzeitigen Pandemie ist eines der wichtigsten Instrumente dazu der ‚Access to COVID-19 Therapeutics (ACT)-Accelerator' – ein Zusammenschluss, in dem Regierungen, multilaterale Organisationen, Zivilgesellschaft und Unternehmen zusammenarbeiten, um einen globalen Pandemie-Reaktionsplan voranzutreiben. Dazu gehört auch die gerechte Verteilung wirksamer Impfstoffe für alle Länder weltweit. Dies ist nur mit einer erfolgreichen Ausfinanzierung des ACT-Accelerator möglich. Darüber hinaus muss eine Weitergabe überschüssiger Impfdosen sowie ein Fortführen ambitionierter finanzieller Beiträge zu multilateralen Anstrengungen im kommenden Jahr gesichert werden. Dementsprechend sollte sich Deutschland aufstellen.

ONEs Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode

1. Die nächste Bundesregierung sollte multilaterale Investitionen in Globale Gesundheit erhöhen. 0,1 Prozent des BNE sollten ausschließlich für Investitionen in diesen Sektor aufgewendet werden.

2. Die neue Bundesregierung sollte gezielt die Stärkung von Gesundheitssystemen in Partnerländern vorantreiben und mit deren Regierungen zusammenarbeiten, um einen Anstieg nationaler Ausgaben in Gesundheit zu unterstützen.

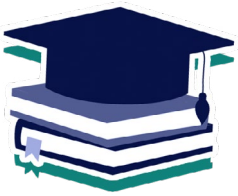
3. Die neue Bundesregierung muss sich uneingeschränkt für einen weltweit gerechten Zugang zu wirksamen COVID-19-Impfstoffen und –Medikamenten einsetzen.

4. Gesicherte Überschussdosen muss die nächste Bundesregierung über die COVAX-Initiative anderen Ländern schnellstmöglich und kostenlos parallel zur nationalen Impfkampagne zur Verfügung stellen.

5. Die neue Bundesregierung sollte Deutschlands starkes Mandat nutzen, um sich für eine umfassende Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Fokus auf Pandemievorsorge einzusetzen.

6. Deutschland sollte aus der COVID-19-Pandemie Lehren für künftige globale Herausforderungen ziehen, insbesondere in Bezug auf soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten sowie den Kampf gegen den Klimawandel.

BILDUNG: EINE STILLE KRISE, DIE SICH WEITER VERSCHÄRFT



Die globale Bildungskrise, eine schleichende Krise

Bereits vor der COVID-19-Pandemie erlebte die Welt eine stille, aber verheerende Krise: **Eine globale Bildungskrise. In den einkommensschwächsten Ländern der Welt können 90 Prozent der Kinder im Alter von zehn Jahren eine einfache Geschichte nicht lesen und verstehen.**[9] Und das, obwohl Bildung ein elementares Menschenrecht ist. Sie ist Voraussetzung und Schlüssel zu nachhaltiger Armutsbekämpfung. Könnten alle Kinder in Ländern mit niedrigem Einkommen lesen und schreiben, könnten sich mittelfristig 171 Millionen Menschen aus der Armut befreien – das entspricht einem Rückgang der globalen Armutsrate um 12 Prozent.[10] Bereits vor der Pandemie fehlten den Ländern mit niedrigem bis mittleren Einkommen 1,8 Billionen USD jährlich zur Finanzierung ihrer Bildungsangebote. Die sich weiter zuspitzende Bildungskrise zeigt: Die nächste Bundesregierung muss mehr in globale Bildung investieren. Ansonsten laufen wir Gefahr, das Potenzial vieler Generationen zu verschenken. Denn kann ein Kind bis zu seinem zehnten Geburtstag eine einfache Geschichte nicht lesen oder verstehen, bleibt ihm der weitere Lernfortschritt und damit verbundene Bildungserfolg schlichtweg versagt. Konkret bedeutet das: **Basierend auf aktuellen Daten geht täglich das Potenzial von über 190.000 Kindern – und somit von potenziellen Ärzt*innen, Lehrer*innen, Wissenschaftler*innen usw. – verloren.**[11] Das entspricht 750 Millionen Kindern bis 2030 oder einem in elf Menschen.

Die nächste Bundesregierung muss sich aber auch aus einem anderen Grund für einen besseren Zugang zu hochwertiger Bildung einsetzen: **Besonders drastische Folgen hat der fehlende Zugang zu Bildung auch auf die Gleichberechtigung der Geschlechter.** Nur wenn alle Mädchen in die Schule gehen können, lernen sie. Gleichzeitig bedeutet der Schulbesuch aber auch, dass die Zahl von Kinderehen abnimmt: In Subsahara-Afrika werden nur 4 Prozent der Mädchen, die lesen und schreiben können, vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet. Bei analphabetischen Mädchen sind es 20 Prozent.[12] Darüber hinaus kann Bildung dazu beitragen, Geschlechternormen, die negative Auswirkungen auf Mädchen wie aber auch auf Jungen haben können, zu überwinden. Indem Bildungssysteme mit einem Bewusstsein für die Auswirkungen von geschlechterspezifischen Normen ausgestattet werden, können sie diesen Hindernissen entgegenwirken. Der Zugang zu Bildung ermöglicht Mädchen und Frauen ein selbstbestimmtes Leben: Auch ihre wirtschaftliche Stellung verbessert sich – mit Auswirkungen auf das gesamte Leben. Wird jedem Mädchen eine zwölfjährige Bildungslaufbahn ermöglicht, kann dies das kollektive Lebenseinkommen dieser Mädchen über ihr gesamtes Leben hinweg um 30 Billionen USD erhöhen. Gleichzeitig wirken sich Investitionen in die Bildung von Mädchen positiv auf die gesamtwirtschaftliche Situation eines Landes aus.

Steigen die Investitionen in Bildung von Mädchen lediglich um einen Prozentpunkt, wächst das BIP bereits um 0,37 Prozent.

Auf lange Sicht betrachtet zeigen Prognosen: **Investieren wir ganzheitlich in die Bildung von Mädchen, sodass 100 Prozent von ihnen einen Sekundarabschluss bis 2030 erreichen, wird das BIP in den von Armut am stärksten betroffenen Ländern der Welt im Schnitt um zusätzliche 10 Prozent steigen.**[13] Auch für den Kampf gegen den Klimawandel birgt die Bildung von Frauen und Mädchen enorme Chancen. Zahlrreiche Studien zeigen, dass eine gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungsprozessen Klimaschutz vorantreibt, während die Unterdrückung von Frauen und Mädchen oft mit der Beschleunigung des Klimawandels in vielen Staaten Hand in Hand geht.[14] Würde das Gender Gap im Bildungssektor geschlossen, könnten Länder resilienter gegen durch den Klimawandel verursachte Katastrophen werden. Zusätzlich tragen Mädchen, die Zugang zu guter Grundbildung erhalten, maßgeblich dazu bei, kohlenstoffarme Technologien und somit nachhaltigere Gesellschaften voranzutreiben.[15] **Project Drawdown schätzt die Einsparung von Kohlenstoffdioxid durch geschlechtergerechte Bildung bis 2050 auf ganze 85,42 Gigatonnen.**[16]

Die COVID-19-Pandemie: Ein Krisenverschärfer

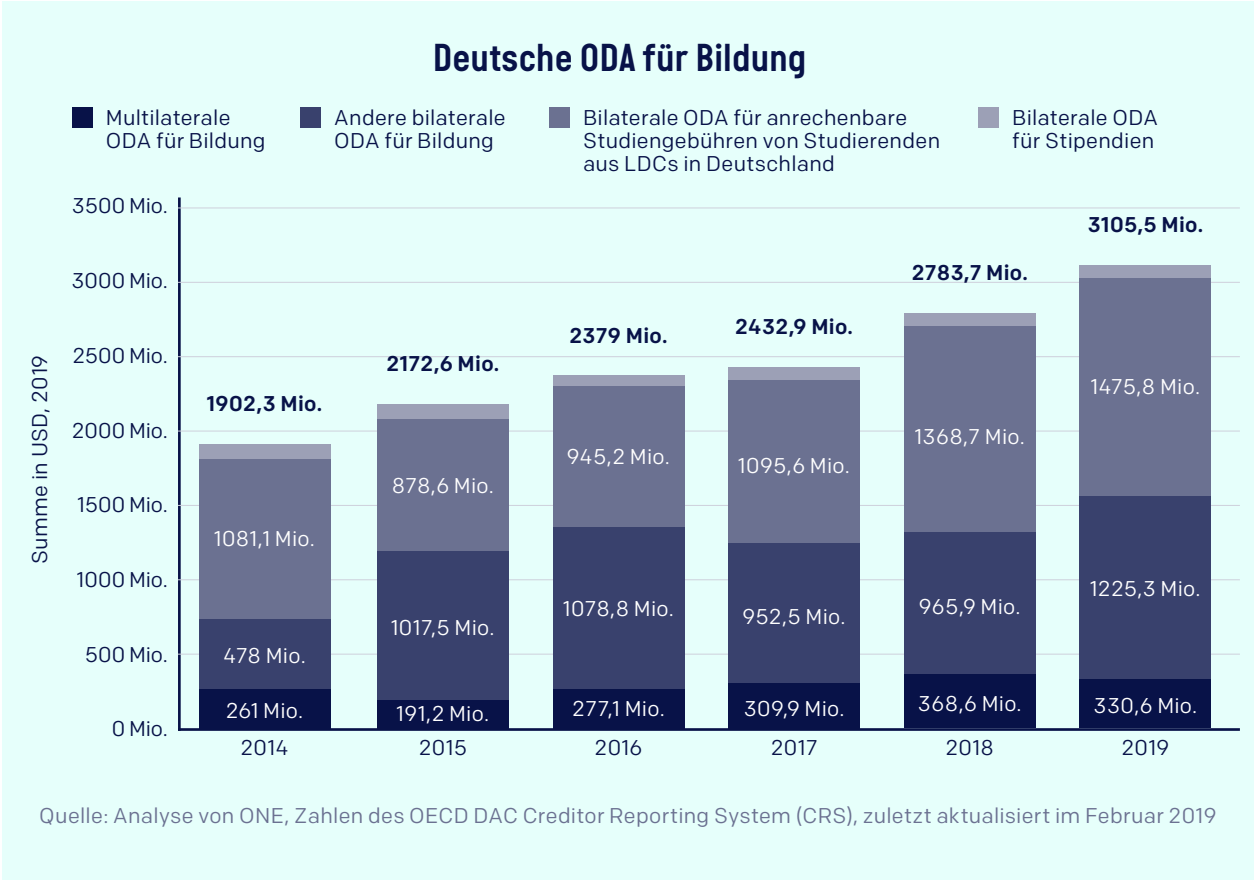
COVID-19 hat diese Krise weiter verschärft. Bei 90 Prozent der Schüler*innen weltweit hat oder hatte die Pandemie Auswirkungen auf den Schulunterricht. Auf dem Höhepunkt der Pandemie war der Schulbesuch für 1,6 Milliarden Schüler*innen weltweit nicht mehr möglich.[17] Umfragen in 46 Ländern zeigten: Acht von zehn Kindern berichteten, dass sie infolge dessen nur sehr wenig oder gar nichts lernten. **Das Lerndefizit ausgelöst durch die Pandemie könnte zu wirtschaftlichen Verlusten in Höhe von zehn Billionen USD führen. Schlimmer noch: Es werden nicht alle Schüler*innen in die Schule zurückkehren, da sie aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situationen der Familien arbeiten müssen.** Auch nach der Pandemie werden die Familien auf dieses zusätzliche Einkommen angewiesen sein und die Kinder in der Arbeitswelt bleiben.[18]

Die COVID-19-Pandemie verschlechtert insbesondere den Bildungszugang von Mädchen: Die Ebola-Epidemie in Westafrika 2014-2016 hat gezeigt, dass viele Schülerinnen nach Aussetzen des Präsenzunterrichts nicht in die Schulen zurückkehren. Nach der Epidemie kehrten in Sierra Leone 16 Prozent weniger Mädchen als Jungen in den Unterricht zurück.[19] Auch in Folge von COVID-19 wird befürchtet, dass dies für 20 Millionen Mädchen der Fall sein wird**. Mehr als die Hälfte der Kinder, die ein Jahr der Schule ferngeblieben sind, kehren gar nicht mehr in die Schule zurück - für Mädchen ist die Wahrscheinlichkeit nach einem Jahr Schulausfall sogar 2,5-mal so hoch.**[20]

Deutschlands Fokus schärfen: Grundbildung als Garant für Bildungserfolg stärker fördern

Im Bildungssektor ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor allem bei der beruflichen Bildung stark aufgestellt. Die gesamten ODA-Ausgaben der Bundesregierung für globale Bildung beliefen sich im Jahr 2019 auf knapp 2,85 Milliarden EUR. Hiervon wurden über 62 Prozent in die berufliche Bildung investiert. Dabei setzt Deutschland auf die eigenen Erfahrungen und baut auf dem erfolgreichen deutschen System auf – weltweit ist es ein „Exportschlager". Darum sollte die nächste Bundesregierung diesen Bereich auch nicht aus den Augen verlieren, gleichzeitig aber auch die Grundbildung nicht

vernachlässigen. **Denn gerade die Lesefähigkeit eines zehnjährigen Kindes entscheidet über den anschließenden Bildungserfolg und auch in Deutschland fußt der Erfolg der beruflichen Bildung auf einem starken Gesamtsystem, das Primär- und Sekundärbildung miteinschließt.**



Quelle: Analyse von ONE, Zahlen des OECD DAC Creditor Reporting System (CRS), zuletzt aktualisiert im Februar 2019

In den vergangenen Jahren hat Deutschland bei der Grundbildung einen intelligenten und erfolgreichen Ansatz verfolgt: Durch die Unterstützung von multilateralen Instrumenten konnte es Grundbildung fördern, ohne eigene Programme aufbauen zu müssen. So unterstützt die Bundesrepublik zum Beispiel die Globale Bildungspartnerschaft (GPE). Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Kindern und Jugendlichen - insbesondere in den ärmsten Ländern - eine gute Grundbildung zu ermöglichen. So unterstützt sie Länder dabei, ihre Bildungspolitik zu planen, zum Beispiel durch Bedarfsanalysen und die Entwicklung robuster Bildungssektorpläne. Gleichzeitig fordert die GPE ein konstantes Monitoring dieser Pläne ein. Darüber hinaus unterstützt sie Länder dabei, Richtlinien zu entwickeln und zu überprüfen, Daten zu erheben, Schulen zu bauen, Lehrmaterialien zu beschaffen und Lehrkräfte auszubilden. Besonderen Wert legt die GPE auf Transparenz und Ergebnisorientierung. In Notsituationen wie der COVID-19-Pandemie hilft die Partnerschaft schnell.

Investitionen in globale Bildungspartnerschaften als Chance verstehen

Die GPE möchte in den kommenden fünf Jahren unter anderem 140 Millionen Kindern den Unterricht durch ausgebildete Lehrer*innen und insgesamt 88 Millionen zusätzlichen Kinder den Schulbesuch

ermöglichen. Wird die GPE erfolgreich ausfinanziert und kann sie diese Vorhaben somit verwirklichen, hat dies einen weiteren positiven Effekt auf die Wirtschaften der Partnerländer: Sie könnten bis zu 164 Milliarden USD für die Wirtschaft dazu gewinnen und 18 Millionen Menschen könnten sich aus der Armut befreien.[21]

Ein weiterer multilateraler Mechanismus, in den Deutschland auch in Zukunft weiter investieren muss, ist der globale Fonds Education Cannot Wait (ECW). 75 Millionen Kinder und Jugendliche sind momentan auf Unterstützung ihrer Schulbildung in Krisengebieten angewiesen.[22] ECW stellt den Zugang zu Bildung auch unter prekären Bedingungen sicher – insbesondere für Mädchen.

Mit Investitionen in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Grundbildung kann die nächste Bundesregierung viel erreichen. Deutschland kann damit das Wirtschaftswachstum fördern: Das pro Kopf-Bruttoinlandsprodukt könnte in den betroffenen Ländern bis 2050 um 70 Prozent steigen. Gleichzeitig kann Deutschland so Chancengleichheit schaffen – und letztlich durch Investitionen in globale Bildung die Folgen der Klimakrise abfedern. Bildung vermittelt Menschen das notwendige Wissen, um die Folgen der Klimakrise abzumildern und präventiv zu handeln.

ONEs Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode

1. Die nächste Bundesregierung sollte ihre Förderung in Grundbildung weiter ausbauen und so sicherstellen, dass allen Kindern die gleichen Chancen ermöglicht werden.

2. Deutschland sollte seinen internationalen Einfluss nutzen und sich für mehr Unterstützung multilateraler Bildungspartnerschaften einsetzen, insbesondere für die Globale Bildungspartnerschaft (GPE).

3. Die nächste Bundesregierung sollte die GPE mit weiterer Expertise zur Mobilisierung von Ressourcen unterstützen und spezifische, kritische Finanzierungslücken in Bildungsplänen schließen.

4. Die nächste Bundesregierung sollte die GPE dabei unterstützen, weitere Anreize für Geldgeber zur Unterstützung von globaler Bildung zu schaffen.

NEUE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN UND ARMUT BEKÄMPFEN

Afrika ist nicht mehr nur ein Chancenkontinent - afrikanische Länder spielen bereits eine wichtige Rolle in der Weltwirtschaft. Afrika zählt ca. 1,3 Milliarden Menschen, und sie alle sind Produzent*innen und Konsument*innen. Inzwischen wird ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung zur Mittelklasse gerechnet. 2020 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) 3,4 Billionen US-Dollar.

In den vergangenen 20 Jahren verzeichneten Afrikas Volkswirtschaften kontinuierliches Wachstum, zuletzt 2019 im kontinentalen Durchschnitt um 3,2 Prozent.

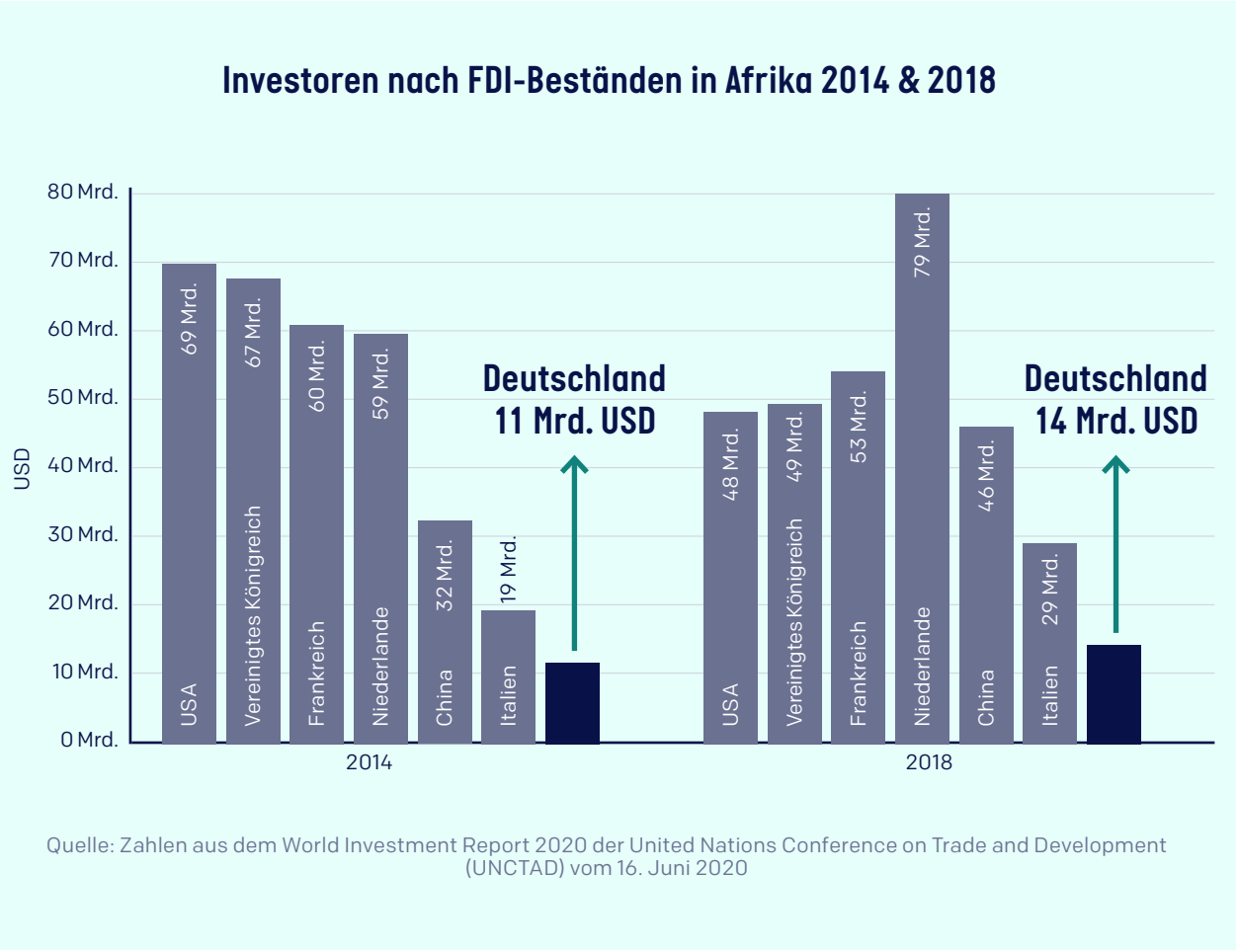
Afrikanische Staaten gehören zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften: 2019 waren Ruanda und Äthiopien unter den ersten drei. Von den zwanzig am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften machten afrikanische Staaten die Hälfte aus.[23]

Bis auf Mauretanien liegen alle Länder in Subsahara-Afrika. Inzwischen gehören 21 der 48 Staaten südlich der Sahara zu Ländern mittleren Einkommens. Dabei geht das Wachstum nur zu kleinen Teilen auf den Rohstoffsektor zurück: 2019 stiegen die Einnahmen in diesem Sektor im Verhältnis zum BIP und im Durchschnitt aller afrikanischen Volkswirtschaften lediglich um 0,3 Prozent.[24] Große Wachstumsmotoren waren Handel, Landwirtschaft, Transport und Kommunikation sowie das produzierende Gewerbe.

Gleichzeitig kann die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) die Wirtschaft aller afrikanischen Staaten viel stärker integrieren. Die Freihandelszone wird seit 1. Januar 2021 umgesetzt. Von den 54 Staaten, die sich an der Freihandelszone beteiligen, haben 32 den Vertrag ratifiziert und bilden nun einen gemeinsamen Binnenmarkt. Zunächst sollen die Zölle auf 90 Prozent der Waren abgeschafft werden. So wird ein freier Zugang zu Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen auf dem gesamten Kontinent ermöglicht. Vor der Pandemie wurde davon ausgegangen, dass dies den intra-afrikanischen Handel bereits in den ersten drei Jahren um mehr als 50 Prozent ankurbeln wird, und bis 2040 über die Hälfte des Handels innerafrikanisch sein könnte. Das ist bedeutend, weil 2017 nur 17 Prozent aller Exporte afrikanischer Staaten in andere afrikanische Länder geliefert wurden.[25] Durch die AfCFTA kann die afrikanische Wirtschaft unabhängiger von Importen aus anderen Weltregionen werden: Es wird für sie leichter, Waren aus anderen Ländern zu importieren und eingeführte Rohstoffe zu veredeln, weiterzuverarbeiten und gegebenenfalls wieder zu exportieren. Schon jetzt machen produzierte und verarbeitete Güter einen deutlich höheren Anteil der regionalen und innerkontinentalen Exporte aus als derer, die den Kontinent verlassen. Die Herausforderung ist darum einerseits die Implementierung der Freihandelszone, und andererseits die inklusivere Gestaltung des interkontinentalen Handels. Da es

derzeit verhältnismäßig wenig regionalen Handel gibt, fehlt es auch an Infrastruktur: Grenzübergänge sind nicht auf den groß angelegten Handel ausgelegt, und oft fehlt es auch an entsprechend ausgebauten Straßen oder Eisenbahnstrecken zwischen wirtschaftlichen Zentren unterschiedlicher Länder. **Es bedarf also nicht nur einer Harmonisierung von Handelsgesetzen und Zollvorschriften, sondern auch Investitionen in die physische Infrastruktur. Nur so kann die AfCFTA ihr volles Potenzial entwickeln.** Die Diversifizierung der Exporte ist wichtig, um vor Nachfrageschwankungen aufgrund von Konjunkturschwankungen in den Importländern zu schützen. Dies hat nicht zuletzt auch die COVID-19-Pandemie gezeigt. Für rohstoffexportierende Länder bedeutet eine Diversifizierung außerdem, dass keine übermäßige Abhängigkeit von Rohstoffen entsteht, sondern eine Verlagerung hin zu Produkten und Dienstleistungen mit höherer Wertschöpfung passiert. Darüber hinaus ermöglicht Diversifizierung die Erschließung neuer Märkte.

Deutsche Unternehmen haben diese Chance bislang nicht ergriffen. **Nur ein Prozent aller deutschen Ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) wurden in afrikanischen Ländern getätigt. Und auch von den FDI, die in afrikanischen Staaten ankommen, kommt nur ein Prozent aus Deutschland.**[26] Für das größte Wirtschaftsland Europas, das rund 21 Prozent des BIP der gesamten Europäischen Union erwirtschaftet, ist dies erstaunlich wenig.



Quelle: Zahlen aus dem World Investment Report 2020 der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) vom 16. Juni 2020

Auch die Demographie spielt dabei eine wichtige Rolle: Bis 2050 wird die Jugend Afrikas zehnmal so groß sein wie die Jugendbevölkerung in der EU.[27] Gegenwärtig werden die potenziellen Vorteile der jungen Bevölkerung Afrikas nicht genutzt, da mehr als zwei Drittel der nicht studierenden Jugendlichen unsichere Jobs haben oder sogar arbeitslos oder nur geringfügig beschäftigt sind. Die Arbeitslosigkeit ist bei der Jugend doppelt so hoch wie bei Erwachsenen. Jährlich werden nur drei Millionen Arbeitsplätze im formellen Sektor geschaffen, obwohl jedes Jahr zehn bis zwölf Millionen Jugendliche ins Berufsleben eintreten.[28] **Damit Afrika das Potenzial dieser demographischen Chance voll ausschöpfen und von der sogenannten "demographischen Dividende" profitieren kann, müssen diese neuen Arbeitskräfte produktiver Beschäftigung nachgehen können.[29]**

Die Herausforderungen der informellen Wirtschaft

Dennoch ist der informelle Sektor seit Jahrzehnten der wichtigste Motor für das Beschäftigungswachstum in Afrika und absorbiert die wachsende städtische Bevölkerung.[30] Mehr als 85 Prozent der afrikanischen Arbeitnehmer*innen sind im informellen Sektor beschäftigt: Dies umfasst unter anderem Landwirtschaft, informelle Fertigung und große Teile des Dienstleistungssektors.[31] Schätzungsweise 90 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Afrika sind im informellen Sektor beschäftigt, verglichen mit 83 Prozent der Männer.[32] **Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen informeller Beschäftigung und Armut.[33]** Das Fehlen eines sozialen Sicherheitsnetzes und der Mangel an formellen Jobs in Afrika bedeutet, dass junge Menschen niedrig bezahlte informelle Jobs annehmen müssen, da sie es sich nicht leisten können, nicht zu arbeiten. Mehr als zwei Drittel der arbeitenden jungen Afrikaner*innen verdienen weniger als 3 USD pro Tag. Zum Vergleich: In Asien sind es nur ein Viertel.

Der Agrarsektor leistet einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen extreme Armut: In der Landwirtschaft fallen viele Jobs an, und der Sektor birgt viele Wachstumsmöglichkeiten. **Wenn die landwirtschaftliche Produktivität nachhaltig gesteigert wird, könnten viele Menschen sich selbst aus der extremen Armut befreien.** Dafür müssen insbesondere höherwertige, verarbeitete Produkte klimaverträglich hergestellt und exportiert werden. So können die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, ihre Einkommen verbessern. Sie könnten ihre eigene Lebensgrundlage – und auch die ihrer Familien - verbessern und sichern.[34] Faire und nachhaltige Lieferketten leisten dazu ebenfalls einen wichtigen Beitrag.

Faire Lieferketten und ein zukunftsorientiertes Steuersystem

Deutschland trägt in unserer globalisierten Handelswelt eine besondere Verantwortung. Unzählige weltweite Lieferketten haben ihr Ende in deutschen oder in Deutschland ansässigen Unternehmen, die in Ländern des Globalen Südens produzieren lassen. Häufig werden die Unternehmen ihrer damit einhergehenden Verantwortung nicht gerecht. Kontinuierlich kommt es zu Verstößen gegen Sicherheitsstandards, Lohnmindestgrenzen und dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen. **In den Ländern Subsahara-Afrikas leiden Mensch und Natur gleichermaßen unter unzureichend regulierten Lieferketten.** Diese stellen allerdings auf dem deutschen Markt weiterhin den absoluten Standard dar. Zwar hat sich der Anteil der zertifiziert fair gehandelten Produkte in den vergangenen zehn Jahren verfünffacht,[35] doch selbst die stärksten Produkte des Fairen Handels - Kaffee und Bananen

- können sich bisher kaum gegen konventionell gehandelte Alternativen durchsetzen. Darum muss sichergestellt werden, dass die in Deutschland gehandelten Waren hohen, einheitlichen Standards entsprechen. Ohne eine ambitionierte staatliche Regulierung werden diese Produktionen weiterhin den Fortschritt zahlreicher Nachhaltiger Entwicklungsziele behindern und umkehren.

Die Bundesregierung hat zusätzliche Instrumente an der Hand, um Anreize für Verantwortungsbewusstsein im globalen Handel zu schaffen: **Die Abschaffung der Kaffeesteuer auf fair gehandelten und nachhaltig produzierten Kaffee. Diese mit relativ geringem Aufwand verbundene Gesetzesänderung hätte vergleichsweise große positive Auswirkungen auf den nachhaltigen Konsum in Deutschland und die Lebensbedingungen von im Kaffeesektor tätigen Kaffeebäuerinnen und -bauern.**[36] Eine zukunftsorientierte und progressive Steuerpolitik kann so Kaufanreize für verantwortungsvoll produzierte Waren schaffen. Damit kann über solche Lenkungswirkungen auch dafür gesorgt werden, dass der Marktanteil fair gehandelter Produkte wächst. Eine nachhaltige und verantwortungsvolle Besteuerung sollte langfristig Standard werden. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass mehr Menschen entlang der gesamten Lieferkette von ihrer Arbeit leben und sich auf ein gesichertes, ausreichendes Gehalt stützen könnten. Insbesondere würde diese Entwicklung Kleinbäuerinnen und -bauern zugutekommen. Sie leben hauptsächlich in Ländern des Globalen Südens und produzieren beinahe 40 Prozent der globalen landwirtschaftlichen Erträge, sind also von zentraler Bedeutung für die Ernährung der stetig wachsenden Weltbevölkerung.[37] Ein ähnliches Verhältnis lässt sich in der globalen Kaffeeproduktion verzeichnen: **70 Prozent des global getrunkenen Kaffees wird von 25 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produziert, oft unter prekären Arbeitsbedingungen. Beim Vertrieb der Bohnen haben sie meist wenig bis keine Verhandlungsmacht.** Eine lenkungssteuerliche Anpassung des Kaffeesteuergesetzes birgt die Chance, diese Umstände für Millionen von ihnen zu ändern. Bisher sind lediglich knapp fünf Prozent des deutschen Kaffeemarkts zertifiziert nachhaltig produziert und fair gehandelt. Deutschland trägt als zweitgrößter Importeur von Rohkaffee aus aller Welt eine Verantwortung dafür, dass dieser Anteil über die nächsten Jahre hinweg steigt.

ONEs Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode

1. Die Ankurbelung der Wirtschaft und die Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen jedes Jahr wird keine leichte Aufgabe für afrikanische Staats- und Regierungschef*innen sein. Es erfordert massive transformative Investitionen in die Infrastruktur, arbeitsintensive Schlüsselsektoren wie das Ernährungssystem und die Ausbildung. Es wird auch eine gerechtere Handelspolitik erfordern, um Afrika Wohlstand auf dem eigenen Kontinent zu ermöglichen. Konkret sollte die Bundesregierung Folgendes tun:

2. Die Afrikanische Union, das AfCFTA-Sekretariat und Regierungen dabei unterstützen, die AfCFTA so gut und effektiv wie möglich umzusetzen. Dazu gehört nicht nur die Harmonisierung von nationalen Gesetzen, sondern auch die physische Infrastruktur.

3. Gezielte ausländische Direktinvestitionen auf dem Kontinent in arbeitsintensive und transformative Sektoren zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen: 2018 wurden von Deutschland 14 Milliarden USD auf dem afrikanischen Kontinent investiert, im selben Jahr investierten die Niederlande 79 Milliarden USD.[38]

4. Die deutsche Investitions- und Entwicklungsbank KfW/DEG verpflichten, jährlich über die Beschäftigungseffekte ihrer Programme und Interventionen in Afrika zu berichten.

5. Geeignete Instrumente wie das Lieferketten- und Kaffeesteuergesetz nutzen, um Gerechtigkeit im globalen Handel und somit Millionen Arbeitstätige auf dem afrikanischen Kontinent zu schützen.

FINANZIELLE TRANSPARENZ – IN DEUTSCHLAND UND WELTWEIT

Durch internationale Steuervermeidung und -hinterziehung gehen der Welt jährlich über 427 Milliarden USD (361 Milliarden EUR) verloren. Mehr als die Hälfte dieses Verlusts ist auf Steuervermeidung zurückzuführen; also darauf, dass multinationale Konzerne ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, um weniger Steuern zu zahlen, als sie sollten. Vermögende Privatpersonen, die nicht-deklariertes Vermögen und Einkommen im Ausland verstecken, verursachen weltweit einen geschätzten Verlust von jährlich 182 Milliarden USD (154 Milliarden EUR).[39] Deshalb müssen Staaten multilateral zu Transparenz und Informationsaustausch zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass alle Steuerzahler*innen das zahlen, was sie schulden.[40]

Steuervermeidung und Steuerwettbewerb – also der Wettbewerb zwischen Staaten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts - könnte Nicht-OECD-Länder jährlich bis zu 300 Milliarden USD kosten. Das ist fast das Doppelte dessen, was sie derzeit an Geldern aus der Entwicklungszusammenarbeit erhalten.[41]

Die OECD hat berechnet, dass den Ländern Afrikas darüber hinaus große Mengen finanzieller Ressourcen durch illegale Finanzströme (IFFs) entzogen werden. Das ‚High Level Panel on IFFs from Africa' kam zu dem Schluss, dass afrikanische Länder jährlich mehr als 50 Milliarden USD durch IFFs verlieren.

Die entgangenen Einnahmen entziehen den Regierungen dringend benötigte Mittel zur Finanzierung grundlegender Dienstleistungen wie hochwertiger Krankenhäuser und Schulen.[42]

Die nächste Bundesregierung sollte alle Möglichkeiten voll ausschöpfen, um internationale Steuergerechtigkeit zu fördern, das Finanzgeheimnis zu verringern und eine verstärkte inländische Ressourcenmobilisierung für Länder mit niedrigem Einkommen zu fördern. Empfehlungen, wie dies erreicht werden kann, werden im Folgenden ausführlicher dargestellt.

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung effektiv unterbinden

Im Rahmen des deutschen Geldwäschegesetzes (GwG) wurde 2017 erstmals ein elektronisch geführtes Transparenzregister in Deutschland eingeführt.[43] Diese Maßnahmen wurden im Rahmen der 5. EU-Geldwäscherichtlinie weiter ausgebaut. Das Ziel: Verhindern, dass das EU-Finanzsystem für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung genutzt wird. Dazu wurden Register der wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen sowie von Trusts und anderen Rechtsvereinbarungen eingeführt.

Auf diese können Strafverfolgungsbehörden, Verpflichtete und Personen mit einem "berechtigten Interesse" zugreifen.[44]

Deutschlands Fortschritte bei der Transparenz spiegeln sich im Schattenfinanzindex des Tax Justice Network wider: Von Platz 7 im Jahr 2018 stieg Deutschland auf Platz 14 im Jahr 2020 (von 133 Ländern, 1=höchster Grad der Geheimhaltung, gemessen am Anteil des Landes am globalen Markt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen). Grund dafür war, dass Deutschland die Anforderungen zur Registrierung wirtschaftlichen Eigentums strenger reguliert hat. Dazu gehört, dass Unternehmen, Personengesellschaften und ausländische Trusts ihre wirtschaftlichen Berechtigten offenlegen müssen. „Deutschland hat nun auch einige Informationen zu wirtschaftlich Berechtigten online verfügbar gemacht".[45] Allerdings sind der Zugang und die Nutzung des Registers übermäßig komplex. Zum Beispiel müssen Nutzer*innen eine Gebühr bezahlen, um auf Informationen zuzugreifen.[46] Zudem ist das Register kein wirklich zentraler Datenspeicher. Nach den derzeitigen Vorschriften können Unternehmen auf einen Eintrag verzichten, wenn die Informationen bereits an anderer Stelle gemeldet wurden. Dies macht es den Datennutzer*innen jedoch schwer, alle relevanten Informationen zu finden. Stattdessen wird eine zentrale Anlaufstelle benötigt. Außerdem sollte die Meldepflicht verschärft werden, um Korruption besser zu verhindern: Bisher müssen sich Personen, die mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile bzw. der Stimmrechte eines wirtschaftlichen Eigentums (in erster Linie von Unternehmen) halten, in das Transparenzregister eintragen. Dies sollte auf 10 Prozent gesenkt werden.

Gestohlene Vermögenswerte wiederherstellen - und so Geld in die Staatskassen gebeutelter Länder spülen

Der Betrag der gestohlenen Vermögenswerte, die von Deutschland wiedererlangt und zurückgegeben wurden, ist trotz jahrelangem Bekenntnis erschreckend niedrig.[47]

Schätzungen über die Höhe des in Deutschland gewaschenen Geldes reichen von 29 bis 100 Milliarden USD pro Jahr.[48]

Laut einer vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Statistik aus dem Jahr 2018 wurden in Deutschland im Jahr 2017 lediglich 646,8 Millionen EUR eingefroren und 198,6 Millionen EUR an kriminellen Vermögenswerten beschlagnahmt.[49] Die nächste deutsche Regierung muss deutsche Banken im Ausland stärker in den Blick nehmen, um illegale Vermögenswerte aufzuspüren und wiederzuerlangen. Die deutschen Behörden sind befugt, alle illegalen Vermögenswerte aufzuspüren, die sich in einer Zweigstelle einer Bank mit Hauptsitz in Deutschland befinden. Die nächste Bundesregierung sollte daher eine spezielle Einheit für das Aufspüren und Einziehen illegaler Vermögenswerte auf Bundesebene einrichten. Diese Stelle sollte auch die Aktivitäten aller relevanten Behörden koordinieren, einschließlich des Bundeskriminalamts, des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), des Zolls sowie der Ministerien für Wirtschaft, Justiz, der Finanzen und des Auswärtigen Amts.

ONEs Empfehlungen für die 20. Legislaturperiode

1. Der Bundestag sollte das deutsche Transparenzregister verbessern und sicherstellen, dass alle relevanten Informationen zu wirtschaftlich Berechtigten einfach und frei in einem zentralen, öffentlichen Register zugänglich sind und nicht über verschiedene Regierungsportale verstreut oder hinter einer Bezahlschranke verschlossen sind. Nur so werden die wahren Eigentümer*innen von Briefkastenfirmen für alle sichtbar – ein wichtiger Schritt zur Eindämmung von Steuerhinterziehung.

2. Die Bundesregierung sollte die zweijährige Präsidentschaft der Financial Action Task Force (FATF) nutzen, um den Kampf gegen Geldwäsche und die Bemühungen zur Einziehung von illegalen Vermögenswerten international zu priorisieren, u.a. durch eine Aktualisierung der FATF-Empfehlungen. Diese sollten die Einrichtung von öffentlichen Registern über wirtschaftliche Eigentümer beinhalten.[50]

3. Deutschland sollte sich in internationalen Foren für die öffentliche ländergenaue Berichterstattung der Steuerdaten großer multinationaler Unternehmen aussprechen und entsprechende europäische Initiativen unterstützen.

4. Die Bundesregierung sollte eine spezielle Einheit für das Aufspüren und Einziehen illegaler Vermögenswerte auf Bundesebene einrichten, die auch die relevanten Aktivitäten aller Bundesbehörden koordiniert.

QUELLEN

1 United Nations, Addis Abeba Agenda for Action, 2015. https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/2051AAAA_Outcome.pdf

2 UNCTAD, The Least Developed Countries Report, 2019. https://unctad.org/system/files/official-document/ldcr2019overview_en.pdf

3 World Economic Forum, Global Gender Gap Report, März 2021. http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf

4 World Health Organization: Global Action Plan for Healthy Lives and Well-Being for All, 2018. https://www.who.int/sdg/global-action-plan/Global_Action_Plan_Phase_I.pdf

5 Donor Tracker, Global Health: At a Glance. https://donortracker.org/sector/global-health#:~:text=When%20considering%20only%20the%20bilateral,institutions%20(US%24543%20million)

6 Plan International, Halting Lives: The Impact of Covid-19 on Girls and Young Women, 2020. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/final-draft-covid19-halting-lives_070920.pdf

7 Orchid Project, Impacts of COVID-19 on Female Genital Cutting, September 2020. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/COVID_female_genital_cutting_FGC_policy_briefing_Orchid_Project_FINAL%20%281%29.pdf

8 Centre for Feminist Foreign Policy, Policy Brief: A Feminist Foreign Policy Response to COVID-19, Juli 2020. https://static1.squarespace.com/static/57cd7cd9d482e9784e4ccc34/t/5f034a694227530712b1b4f6/1594051182529/Policy+Brief_+A+Feminist+Foreign+Policy+Response+to+COVID-19.pdf

9 The ONE Campaign, COVID-19 and the Global Learning Crisis, 2020. https://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/COVID%20EDUCATION%20MASTER%204_2020.6.15.pdf

10 UNESCO, EFA Global Education Monitoring Report 2013/14: Teaching and Learning - Achieving Quality for All, 2014. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000225654

11 Berechnungen von ONE auf Grundlage von Zahlen der Weltbank und des UNESCO Institute for Statistics zur Lernarmut.

12 Ebd.

13 Plan International & Citi GPS, The Case for Holistic Investment in Girls, Oktober 2020. https://plan-international.org/publications/case-holistic-investment-girls#download-options

14 Centre for Feminist Foreign Policy, No Climate Justice Without Gender Justice, April 2020. https://static1.squarespace.com/static/57cd7cd9d482e9784e4ccc34/t/5f4796e7a77c7c7c5a26766a/1598527208505/Climate+Justice+Briefing+-+Centre+for+Feminist+Foreign+Policy+-+final.pdf

15 Malala Fund, A Greener, Fairer Future: Why Leaders Need to Invest in Climate and Girls' Education, March 2021. https://assets.ctfassets.net/0oan5gk9rgbh/OFgutQPKIFoi5IfY2iwFC/6b2fffd2c893ebdebee60f93be814299/MalalaFund_GirlsEducation_ClimateReport.pdf

16 Project Drawdown: Health and Education, 2021. https://drawdown.org/solutions/health-and-education

17 UNICEF, Missing More than a Classroom: The impact of School Closures on Children's Nutrition, 2021. https://en.unesco.org/covid19/educationresponse

18 Malala Fund, Girls' Education and COVID-19, 2020. https://downloads.ctfassets.net/0oan5gk9rgbh/6TMYLYAcUpjhQpXLDgmdIa/3e1c12d8d827985ef2b4e815a3a6da1f/COVID19_GirlsEducation_corrected_071420.pdf

19 The ONE Campaign, COVID-19 and the Global Learning Crisis, 2020. https://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/COVID%20EDUCATION%20MASTER%204_2020.6.15.pdf

20 The Education Comission, A Powerful New Engine for Global Education: The International Finance Facility for Education, 2020. https://educationcommission.org/international-finance-facility-education/#:~:text=The%20International%20Finance%20Facility%20for,child%20in%20school%20and%20learning

21 Global Partnership for Education, Raise Your Hand: A Case for Investment, April 2021. https://www.globalpartnership.org/sites/default/files/document/file/gpe-case-for-investment-full-en.pdf

22 Education Cannot Wait, The Situation,2021. https://www.educationcannotwait.org/the-situation/

23 Weltbank, GDP growth anual, 2019, Mai 2021. https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG

24 African Development Bank Group, African Economic Outlook 2020, Januar 2020. https://www.afdb.org/en/documents/african-economic-outlook-2020

25 Vera Songwe, Intra-African Trade: A Path to Economic Diversification and Inclusion, Januar 2019. https://www.brookings.edu/research/intra-african-trade-a-path-to-economic-diversification-and-inclusion/

26 KfW Research, How Effectively Do Germany's Foreign Trade and Investment Promotion Schemes Support Investment in Africa?, September 2020. https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-englische-Dateien/Fokus-2020-EN/Fokus-No.-299-September-2020-Investment-Promotion-Schemes.pdf

27 ONE, The African Century: Für den gesamten afrikanischen Kontinent wird bis 2050 eine Bevölkerung von 2,5 Milliarden Menschen prognostiziert, von denen die Hälfte unter 25 Jahre alt sein wird. https://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/

ENG-Brief-TheAfricanCentury.pdf

28 African Development Bank Group, Jobs for Youth in Africa, Oktober 2017. https://afdb-org.jp/wp-content/uploads/2018/05/Brochure_Job_Africa-En.pdf

29 ONE, Decent Work and Economic Growth. https://www.one.org/international/issues/decent-work-and-economic-growth/

30 Center for Global Development, Let's Be Real: The Informal Sector and the Gig Economy Are the Future, and the Present, of Work in Africa, Oktober 2018. https://www.cgdev.org/publication/lets-be-real-informal-sector-and-gig-economy-are-future-and-present-work-africa

31 International Labour Organization, World and Employment and Social Outlook, 2020. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_734455.pdf

32 International Labour Organization, Women and Men in the Informal Economy: A Statistical Picture, 2018. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_626831.pdf

33 Ebd.

34 ONE, The African Century. https://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/ENG-Brief-TheAfricanCentury.pdf

35 Forum Fairer Handel, Aktuelle Entwicklungen im Fairen Handel, 2020. https://www.forum-fairer-handel.de/fileadmin/user_upload/dateien/publikationen/materialien_des_ffh/2020_Aktuelle-Entwicklungen_im_FH_web.pdf

36 ONE Deutschland, nuruCoffee: Fairer Kaffee – Luxus oder neuer Standard?, September 2020. https://s3.amazonaws.com/one.org/pdfs/Positionspapier_Kaffeesteuer.pdf

37 International Food Policy Research Institute (IFPRI), Global Food Policy Report 2020: Building Inclusive Food Systems, 2020. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/133857.pdf

38 UNCTAD, Investment Flows in Africa Set to Drop 25% to 40% in 2020, 2020. https://unctad.org/news/investment-flows-africa-set-drop-25-40-2020

39 Global Alliance for Tax Justice, The State of Tax Justice 2020: Tax Justice in the time of COVID-19, 2020. https://taxjustice.net/wp-content/uploads/2020/11/The_State_of_Tax_Justice_2020_ENGLISH.pdf

40 Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes,Tax Transparency and Exchange of Information in Times of COVID-19: 2020 Global Forum Annual Report, 2020. http://www.oecd.org/tax/transparency/documents/global-forum-annual-report-2020.pdf

41 Ernesto Crivelli, Ruud A. de Mooij, Michael Keen, Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries, 2016. https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2016/12/31/Base-Erosion-Profit-Shifting-and-Developing-Countries-42973

42 Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes, Tax Transparency in Africa 2020: Africa Initiative Progress Report 2019, 2020. https://www.oecd.org/tax/transparency/documents/Tax-Transparency-in-Africa-2020.pdf

43 Deloitte. The Transparency Register – Latest Developments Due to the 5th EU Anti-Money Laundering Directive, 2020. https://www2.deloitte.com/dl/en/pages/legal/articles/transparenzregister-5-eu-geldwaescherichtlinie.html

44 Europäische Kommission, Preventing money laundering and terrorist financing across the EU: How does it work in practice?, 2018. https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-supervision-and-risk-management/anti-money-laundering-and-counter-terrorist-financing_en

45 „Ein höherer Rang auf dem Index bedeutet nicht notwendigerweise, dass eine Jurisdiktion geheimnisvoller ist, sondern vielmehr, dass die Jurisdiktion weltweit eine größere Rolle bei der Ermöglichung von geheimen Bankgeschäften, anonymen Briefkastenfirmen, anonymen Immobilienbesitz oder anderen Formen der finanziellen Geheimhaltung spielt, die wiederum Geldwäsche, Steuerhinterziehung und riesige Offshore-Konzentrationen von unversteuertem Vermögen ermöglichen", so der folgende Link: https://www.taxjustice.net/press/financial-secrecy-index-2020-reports-progress-on-global-transparency-but-backsliding-from-us-cayman-and-uk-prompts-call-for-sanctions/#:~:text=The%20Tax%20Justice%20Network's%20Financial,secrecy%20by%207%20per%20cent

46 Es muss anerkannt werden, dass die 5. AMLD-Richtlinie es den Ländern erlaubt, eine Gebühr für den Zugang zu Informationen über wirtschaftliches Eigentum zu erheben, solange die Gebühr die Verwaltungskosten für die Erstellung der Informationen nicht übersteigt." https://www.globalwitness.org/en/campaigns/corruption-and-money-laundering/anonymous-company-owners/5amld-patchy-progress/

47 CiFAR Civil Forum for Asset Recovery, Stolen Asset Recovery Between Germany and Developing Countries, 2019. https://cifar.eu/wp-content/uploads/2019/06/1.-English-Report-2019-Asset-recovery-Germany.pdf

48 Diese Schätzungen haben schwerwiegende methodische Einschränkungen; zum Beispiel wird nicht berücksichtigt, ob die illegalen Vermögenswerte aus dem In- oder Ausland stammen - sie werden oben verwendet, um ein grobes Maß für das Ausmaß des Problems zu geben. https://cifar.eu/wp-content/uploads/2019/06/1.-English-Report-2019-Asset-recovery-Germany.pdf

49 CiFAR Civil Forum for Asset Recovery, Stolen Asset Recovery Between Germany and Developing Countries, 2019. https://cifar.eu/wp-content/uploads/2019/06/1.-English-Report-2019-Asset-recovery-Germany.pdf

50 „Die FATF, eine internationale Institution ist der internationale Standardsetzer für die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Proliferationsfinanzierung." https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Geldwaesche-bekaempfen/portrait-fatf-praesidentschaft.html

V.i.S.d.P.:

Karoline Lerche, The ONE Campaign gGmbH, Luisenstraße 40, 10117 Berlin
deutschland@one.org

Für inhaltliche Rückfragen:

Clemens Schwanhold
Policy & Advocacy Manager
clemens.schwanhold@one.org